

# „Bewegung ist die zweite Supermacht“

von Hans-Peter Richter, Achse des Friedens

Nach drei Weltsozialforen (WSF) in Porto Alegre (Brasilien) fand vom 16. - 21. Januar 2004 das vierte WSF im indischen Mumbai (Bombay) statt.

Die Teilnehmerzahl war mit 100 000 Menschen aus 130 Ländern mindestens genau so groß wie beim vorangegangenen in Brasilien. Eine Zusammenfassung der

mehr als 1200 Veranstaltungen ist nicht möglich. Wenigstens einige Themen will ich hier benennen.

Die Vernichtung natürlicher Ressourcen, eine privatisierte Wasserversorgung, die anhaltende Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, Rechte für Kinder, Obdachlosigkeit, das Kastensystem oder religiöser

Fanatismus waren die wichtigsten Themen der einen (indischen) Seite - während die andere, die aus dem Norden, den US-Militarismus, die Politik von Weltbank, Währungsfonds (IWF), Welthandelsorganisation

(WTO) und Gentech-Agrarkonzernen debattieren wollte. Kaum eine politische Bewegung hat in den vergangenen Jahren so viel Zulauf und Aufmerksamkeit erhalten wie die der Globalisierungs-kritiker. Wer die mitreißende Stimmung in Mumbai erlebt hat, spürte, dass eine bessere Welt möglich ist.

Auch die Veranstalter zogen eine durchweg positive Bilanz: „Die Bewegung ist die zweite Supermacht in der heutigen politischen Welt und im Moment die einzige Alternative gegen den Neoliberalismus“, schätzt Vittorio Agnoletto, Sprecher des Genueser Sozialforums, den Einfluss des WSF ein. Nach den eher westlich geprägten WSF in Porto Alegre wurde das WSF mit der Tagung in Mumbai nun wirklich weltumspannend.



# Internationaler Widerstand statt Standortkonkurrenz!

Die Steuerreform und Gesundheitsreform entlasten Konzerne und Wohlhabende in Höhe von ca. 85 Milliarden Euro. Die paar Euro, die dem Normalverbraucher mit etwas Glück verbleiben, gehen drauf für die Praxisgebühr und Zuzahlung bei Arzneimitteln.

Durch die Steuergeschenke an die Reichen und Konzerne kann die Wirtschaftskrise nicht überwunden werden. Die Senkung der Einkommen bei Arbeitslosen, Arbeitern und Angestellten führt zu weniger Binnen-nachfrage, die durch weitere Exportoffensiven nicht aufgefangen werden kann, weil dies weltweit alle Konkurrenten versuchen. Ein großer Teil der Steuergeschenke fließt somit in die Spekulation an den internationalen Finanzmärkten.

International wird das neoliberale Projekt durch die Welthandelsorganisation (WTO) mittels verschiedener Verträge (Waren, Dienstleistungen, Bildung, geistiges Eigentum) vorangetrieben, ohne sich um demokratische Legitimation zu kümmern. Die Verschlechterung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (Wasser, Bildung, Nahverkehr etc.) sind politisch gewollt.

Doch international organisiert sich der Widerstand. Das Weltsozialforum in Mumbai 2004 sowie das Europäische Sozialforum in Paris 2003 haben das deutlich gemacht. Entscheidend ist jetzt die verstärkte Zusammenarbeit von Gewerkschaften, neuen sozialen Bewegungen, GlobalisierungskritikerInnen und Sozialforen.

Roland Klautke, Werner Halbauer  
Attac-Projektgruppe „Agenda 2010“

# Tous ensemble!



Immer schneller scheint der Zug der Zeit dahin zu rasen. Hier ein „Reformpaket“, das unsere Rente in Frage stellt, da eine „Agenda“, die den Arbeitslosen das Geld kürzt. Und dann auch noch diese EU, dieses ferne Gebilde in Brüssel, wo sowieso keiner durchschaut, und die jetzt noch größer wird. Wie soll man sich da noch zurechtfinden? Da muss einem ja angst und bange werden.

So empfinden viele, und so haben unsere Regierenden es ganz gerne. Denn wenn alles schön Schlag auf Schlag geht und keiner im komplizierten Wirrwarr aus EU-Kommission, -Parlament und -Ministerrat durchschaut, dann lässt sich leichter regieren. Zum Glück geht die Rechnung immer weniger auf. Da ist zum Beispiel die Verfassung, die der EU verpasst werden soll. Über ein Jahr lang hat eine im Wesentlichen von den Regierungen zusammengestellte Versammlung einen Text ausgearbeitet.

Seit sich im Dezember die EU-Staats- und Regierungschefs über die letzten Einzel-

heiten in die Haare bekamen, wird in den hiesigen Medien zumindest ab und zu drüber gesprochen. Was drin steht, erfahren wir allerdings nicht.

Dafür wird viel Wind um die EU-internen Stimmenverhältnisse gemacht, die die Schröder-Regierung mit der Verfassung gerne zu ihrem Gunsten ändern will. Auf einmal heißt es, Deutschlands 82 Millionen Einwohner müssten entsprechendes Gewicht in der EU haben.

Doch die ganze aufgeregte Diskussion um die Stimmenverhältnisse soll nur ein bisschen Nationalismus aus uns rauskitzeln. Offensichtlich hofft man, dass wir dann nicht mehr so genau hinschauen, was denn eigentlich in dieser Verfassung steht, die übrigens vor allem die Handschrift des deutschen Außenministers und seines französischen Kollegen trägt.

Aber ein genauere Blick lohnt sich. So wird im Verfassungsentwurf zum Beispiel festgehalten, dass die EU-Staaten zur militärischen Aufrüstung verpflichtet sind. Verständlich, dass die

Schröder-Fischer-Regierung eine öffentliche Diskussion darüber gerne vermeiden möchte.

Auch über die sozialen Konsequenzen schweigt man lieber. Gleich in mehreren Artikeln wird der freie Wettbewerb zum Verfassungsprinzip erhoben und als oberste Richtlinie für die Wirtschaftspolitik festgeschrieben. Konkret wird dies bedeuten, dass Städte gezwungen werden können, den ÖPNV für den Wettbewerb zu öffnen, oder die Strom-, Wasser- und Gasversorgung.

Und in Zukunft vielleicht auch noch das Krankenhauswesen oder gar die Bildung. Vor Ort wird es dann nur noch heißen: „Wir können ja nichts machen. Brüssel zwingt uns.“ Aber in Wirklichkeit ist nicht die für sich genommen schwache EU-Bürokratie dafür verantwortlich, sondern die nationalen Regierungen, die diesen Verfassungsentwurf geschrieben haben.

Daher macht diese Verfassung auch einmal mehr deutlich, dass wir uns heute in Europa über Ländergrenzen hinweg zusammenschließen

müssen, wenn wir dem ständigen Abbau der Sozialleistungen, dem Lohnraub und der Aufrüstung etwas entgegen setzen wollen. Unsere Regierungen verabreden sich, uns gemeinsam das Fell über die Ohren zu ziehen.

So will Frankreichs Präsident Chirac wesentliche Teile von Schröders „Agenda 2010“ übernehmen. Auf ihrem Mini-Gipfel im Februar haben Blair, Schröder und Chirac einmal mehr von den anderen EU-Staaten gefordert, gemeinsam die sozialen Sicherungssysteme zu „reformieren“, soll heißen: gemeinsam zu zerschlagen.

Wolfgang Pomrehn  
Freier Journalist

# Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab.

Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt. Wir wollen und werden nicht hinnehmen, dass die von den Lohnabhängigen verabschiedeten Sozialleistungen immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden und dass das

Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

## Wir fordern

- ▶ einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht
- ▶ ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung
- ▶ die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge
- ▶ eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung.
- ▶ die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, und den Ausbau von den anderen Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen); keine Elitenuniversitäten
- ▶ keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen
- ▶ massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ▶ qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

Dazu gibt es für uns keine Alternative.

Den Frankfurter Appell gibt es zumunterzeichnen im Internet: [www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahlschlag.de)  
Kontakt: Bernd Rixinger, c/o verd.i Bezirk Stuttgart, Will-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart  
Bernd.Rixinger@verdi.de, Tel. 0711/1664-200, Fax -209

# Soziale Kälte gegenüber Flüchtlingen

von Marei Pelzer, PRO ASYL

Durch die Hartz-Gesetze wird sich die Lage der hier lebenden Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten weiter verschärfen.

Mit dem Hartz IV-Gesetz werden Asylsuchende und ein Großteil der Geduldeten von dem geplanten Arbeitslosengeld II vollständig ausgeschlossen. Für die Betroffenen wird die Gesetzesänderung zu einer gravierenden Benachteiligung auch bei der Rück-

kehr in die Beschäftigung führen. Wer keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat, wird auch nicht an den Maßnahmen zur Arbeitsförderung, wie etwa Weiterbildungskursen, beteiligt.

Dies ist selbst dann vorgesehen, wenn die Betroffenen zuvor sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Bislang gab es für Asylsuchende und die anderen Betroffenenkreise keinen generel-

len Ausschluss von der Arbeitslosenhilfe. Auch wenn nur wenige Asylsuchende arbeiten dürfen, war doch denjenigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, der Zugang zur Arbeitslosenhilfe nicht grundsätzlich versperrt.

Künftig werden die Betroffenen auf die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verwiesen. Diese liegen gut 30 Pro-

zent unter dem Niveau der heutigen Sozialhilfe. Darüber hinaus können die Behörden statt Bargeld die Ausgabe von Sachleistungen anordnen.

Die soziale Marginalisierung von Flüchtlingen findet seit Jahren statt. Die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 sorgte dafür, dass Menschenwürde für Asylsuchende und dem „Normalbürger“ mit zweierlei Maß

gemessen wurde. Rot-Grün setzt die Kohl-Politik für Flüchtlinge fort und verschärft sie sogar noch.

Deswegen fordern wir: Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Politik der Lagerunterbringung von Flüchtlingen ist zu beenden. Die hier lebenden Migrantinnen und Flüchtlinge dürfen nicht länger vom Zugang vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Anzeige  
Fr. 12.3. | 22.00 h |

\*soliparty  
für die Proteste am 3.4.

1 compact / space I  
1 friedrichstraße 112b I  
1 oranienburger tor u6 I  
12 Euro I  
djaak/d/motopunk